

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Verzeichnis der Abkürzungen	23
Einführung	29
Kapitel I	
Aus der allgemeinen Staatslehre	33
A. Begriff des Staates	33
1 Staatsgebiet	34
1.1 Diplomaten und die ihnen in der Verwaltungspraxis gleichbehandelten Personen	36
1.2 Mitglieder konsularischer Vertretungen	36
1.3 Mitglieder verschiedener zwischenstaatlicher („internationaler“) oder überstaatlicher („supranationaler“) Vereinigungen	37
1.4 Soldaten anderer Staaten	37
2 Staatsvolk	37
3 Staatsgewalt und Gewaltenmäßigung	40
4 Staatsform und Regierungsweise	43
B. Prüfen Sie Ihr Wissen!	45
Kapitel II	
Deutschland – gestern und heute	46
A. Die Spaltung Deutschlands	46
1 Alliierte Pläne für die Nachkriegszeit	46
2 Bedingungslose Kapitulation	47
3 Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten	48
4 Potsdamer Konferenz	48
5 Die territoriale Aufteilung Deutschlands	49
6 Besatzungspolitik im Zeichen des Kalten Krieges	52
7 Die Entstehung der Bundesrepublik	53
8 Die Wiedererlangung von Souveränitätsrechten	56
9 Die Entstehung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)	58
10 Zur Frage der Souveränität	60
11 Besonderheiten der Stellung Berlins	61
B. Jahre der Teilung	65
1 Die Ostverträge	65
2 Die Rechtslage im geteilten Deutschland	66

3	Der Grundlagenvertrag	67
4	Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes	68
5	Die Staatsangehörigkeit im geteilten Deutschland	69
C.	Die Herstellung der Einheit	70
1	Gründe für das Scheitern des „real existierenden Sozialismus“	70
2	Die revolutionäre Wende	71
3	Die demokratischen Kräfte formieren sich	72
4	Volkskammer- und Kommunalwahlen	73
5	Die letzten Schritte zur Einheit im Zeitspiegel (1990)	74
6	Der Kriegszustand ist beendet	78
7	Die schwierige Konsolidierung	78
Kapitel III		
	Verfassungsrechtliche Grundprinzipien	81
A.	Allgemeines	81
1	Begriff und Aufgaben der Verfassung als Einheit	81
2	Zur Präambel des Grundgesetzes	83
3	Der Wesenskern unserer Verfassung	84
4	Staatszielbestimmungen	85
B.	Deutschland als Republik	87
C.	Deutschland als Demokratie	88
1	Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus	90
1.1	Der Grundsatz der mittelbaren Demokratie	90
1.2	Die Bedeutung des Abgeordneten	91
1.3	Die Bedeutung der Wahl	94
1.4	Die demokratische Legitimationskette	96
2	Parlamentarisches Regierungssystem	96
2.1	Regierungsverantwortlichkeit	98
2.2	Machtkontrolle	98
2.3	Die freie Willensbildung des Volkes	99
D.	Deutschland als Rechtsstaat	104
1	Der Gesetzmäßigkeitsgrundsatz	105
1.1	Die Rechtsbindung des Parlaments	105
1.2	Die Rechtsbindung von vollziehender und rechtsprechender Gewalt	106
1.2.1	Der Gesetzesvorrang	106
1.2.2	Der Gesetzesvorbehalt	108

2	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	109
3	Weitere Elemente des Rechtsstaatsprinzips	110
4	Gewährleistung von Grundrechten	111
5	Die Gewaltenteilung	112
6	Der Rechtsschutz durch Gerichte und das „Durchsetzungsgrundrecht“	116
6.1	Grundsätzliches	116
6.2	Der Grundsatz richterlicher Unabhängigkeit	116
6.3	Die Verwaltungsgerichtsbarkeit	118
6.4	Die Verteilung von Rechtsprechung auf unterschiedliche Gerichtsbarkeiten	119
E.	Deutschland als Sozialstaat	120
1	Gestaltungsauftrag mit weiten Spielräumen	121
2	Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ..	123
F.	Deutschland als Bundesstaat	124
1	Allgemeines	124
2	Grundzüge des föderalistischen Aufbaus	127
3	Ausgestaltung des bundesstaatlichen Prinzips im Einzelnen	129
3.1	Grundregel für die Ausübung der Staatsgewalt	130
3.2	Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	130
3.2.1	Ausschließliche (Bundes-)Gesetzgebung	130
3.2.2	Konkurrierende (Bundes-)Gesetzgebung	131
3.2.3	Ausschließliche Gesetzgebung der Länder	131
3.3	Die Verteilung der Verwaltungskompetenzen	133
3.4	Die Verteilung der Rechtsprechungskompetenzen	135
3.5	Einflussmöglichkeit der Länder auf die Tätigkeiten des Bundes	136
3.6	Die Überordnung des Bundes in seinem Verhältnis zu den Ländern ..	137
3.6.1	Der Bundeszwang	138
3.6.2	Bundesrecht bricht Landesrecht	138
3.7	Der Grundsatz der Homogenität im Bundesstaat	138
3.8	Der Grundsatz der Bundestreue	139
3.9	Bundesstaatliche Kompetenzordnung und Europäische Union	140
3.10	Verbot der Änderung des föderativen Staatsaufbaus	140
4	Der Föderalismus in Deutschland: pro und contra	141
4.1	Pro	141
4.2	Contra	143
G.	Prüfen Sie Ihr Wissen!	144

Kapitel IV

Grundrechte und grundrechtsähnliche Rechte	145
A. Bedeutung und Funktion der Grundrechte	145
B. Zur Geschichte der Grundrechte	148
C. Einteilung der Grundrechte	149
D. Geltung der Grundrechte	150
1 Zeitlicher Geltungsbereich	151
2 Persönlicher Geltungsbereich	151
2.1 Grundrechtsfähigkeit natürlicher Personen	151
2.2 Grundrechtsfähigkeit sonstiger Personen	151
2.3 Grundrechtsmündigkeit	152
2.4 Geltung im „besonderen Gewaltverhältnis“	152
2.5 Der grundrechtsverpflichtete Staat	153
E. Einschränkung von Grundrechten	154
1 Kein rigides Eingriffsverbot	154
2 Notwendigkeit einer Eingriffsermächtigung in Gesetzesform	154
3 Anforderungen an die gesetzliche Eingriffsermächtigung	155
4 Einzelfallbezogene Umsetzung der gesetzlichen Eingriffsgrundlage ..	156
F. Die einzelnen Grundrechte	157
1 Die Würde des Menschen	158
2 Freie Entfaltung der Persönlichkeit	162
2.1 Grundverständnis vom Verhältnis Staat und Individuum	165
2.2 Die allgemeine Handlungsfreiheit als Auffanggrundrecht	165
2.3 Allgemeines Persönlichkeitsrecht – informationelle Selbstbestimmung – „Computergrundrecht“	166
2.4 Schranken der Persönlichkeitsentfaltung	171
3 Das Recht auf Leben	172
4 Das Recht auf körperliche Unversehrtheit	174
5 Die Freiheit der Person	175
6 Das Recht auf Gleichheit	178
6.1 Das Verhältnis zwischen Privaten und Gleichheitsgrundsatz	179
6.2 Der Inhalt des Gleichheitsgrundsatzes	179
6.3 Die Rechtsanwendungsgleichheit	181
6.4 Spezielle Aussagen zum Gleichheitsgrundsatz	182
6.5 Speziell zur Gleichberechtigung der Geschlechter	184
6.6 Speziell zu den Verboten nach Art. 3 Abs. 3 GG	185

7	Die Glaubens- und Gewissensfreiheit	186
7.1	Gewährleistungsumfang	187
7.2	Schranken	188
8	Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung	190
9	Die Meinungs- und Medienfreiheit	190
9.1	Die Informationsfreiheit	191
9.2	Die Freiheit der Berichterstattung durch die Medien	192
9.2.1	Die Pressefreiheit	192
9.2.2	Die Rundfunk- und Filmfreiheit	193
9.2.3	Näheres zu den Schutzbereichen von Presse- und Rundfunkfreiheit	195
9.2.4	Das Zensurverbot	197
9.2.5	Die Medien als „Vierte Gewalt“	197
9.3	Die Freiheit der Meinungsäußerung und Meinungsverbreitung	198
9.4	Schranken der Freiheiten nach Art. 5 Abs. 1 GG	199
9.5	Gefahren für die Meinungsfreiheit durch Private	201
10	Die Freiheit der Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre	202
10.1	Die Wissenschaftsfreiheit	202
10.2	Die Kunstfreiheit	203
10.3	Schranken	204
11	Der Schutz des ehelichen und familiären Lebens	205
11.1	Schutz von Ehe und Familie	205
11.2	Das Elternrecht	207
11.3	Anspruch auf Schutz und Fürsorge für Mütter.	208
11.4	Gleichwertigkeit von nichtehelichen und ehelichen Kindern.	208
12	Das Schulwesen	208
13	Die Versammlungsfreiheit	210
13.1	Grundsätzliche Bedeutung des Versammlungsrechts.	210
13.2	Elemente des Grundrechts	211
13.3	Innere Zielrichtung der Versammlung	211
13.4	Keine kollektive Unfriedlichkeit	212
13.5	Gesetzliche Schrankenziehung	213
13.6	Das einfache Versammlungsrecht (Versammlungsgesetze)	214
13.7	Besondere Bedeutung für die Polizei	216
14	Die Vereinigungsfreiheit	217
15	Die Koalitionsfreiheit	219
15.1	Einschränkungsmöglichkeiten	220

15.2	Doppelte Zielrichtung des Grundrechts	220
15.3	Der Arbeitskampf	222
15.3.1	Die Neutralitätspflicht des Staates	222
15.3.2	Der Streik	223
15.3.3	Kein Streikrecht für Beamte	224
15.3.4	Betriebsbesetzungen	224
15.3.5	Blockadeaktionen	225
15.3.6	Die Aussperrung	225
15.3.7	Das Arbeitskampfrecht als konkretisiertes Richterrecht	226
16	Das Telekommunikationsgeheimnis	226
16.1	Schranken	227
16.2	Eingriffe speziell zum Schutz der Verfassung und des Staates	228
17	Die Freizügigkeit	228
18	Das Recht auf freie Berufswahl und Berufsausübung	231
18.1	Berufsbegriff und Schutzbereich	231
18.2	Einschränkungen der Berufsfreiheit	232
18.3	Hochschulzugang – NC-Problematik	233
18.4	Extremisten im Öffentlichen Dienst	234
19	Dienstverpflichtungen	235
19.1	Der Ersatzdienst	237
19.2	Grundrechtseinschränkungen	238
20	Die Unverletzlichkeit der Wohnung	239
20.1	Eingriffsmöglichkeiten	240
20.2	Hintergrund der Eingriffsregelung	242
21	Das Recht auf Eigentum und Erbrecht	243
21.1	Das Erbrecht	243
21.2	Das Eigentumsrecht	244
21.3	Inhalts- und Schrankenbestimmung	245
21.4	Die Enteignung	246
22	Die Vergesellschaftung	248
23	Das Verbot der Ausbürgerung	248
24	Das Verbot der Auslieferung	249
25	Das Asylrecht und Zuwanderung	250
25.1	Deutsche Rechtslage	250
25.2	Unionsrechtliche Überlagerungen	252
26	Das Petitionsrecht	254
27	Prozessuale Schutzrechte	256

27.1	Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG – Verbot von Ausnahmegerichten	256
27.2	Art. 101 Abs. 1 Satz 1 GG – Garantie des gesetzlichen Richters	257
27.3	Art. 103 Abs. 1 GG – Anspruch auf rechtliches Gehör	257
27.3.1	Rechtliches Gehör vor Gericht	257
27.3.2	Rechtliches Gehör vor der Verwaltung	259
27.4	Art. 103 Abs. 2 GG – keine Strafe ohne Gesetz	259
27.5	Art. 103 Abs. 3 GG – Verbot der Doppelbestrafung – Verhältnis von Straf- und Disziplinarrecht	260
28	Die Rechte und Pflichten des Beamten nach Art. 33 GG	261
28.1	Rechte aus dem Leistungsprinzip (Art. 33 Abs. 2 i.V.m. Abs. 5 GG) . . .	261
28.2	Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums	262
28.2.1	Lebenszeitprinzip	262
28.2.2	Amtsangemessene Besoldung	263
29	Allgemeine Regelungen zum Schutz der Grundrechte	263
30	Verwirkung von Grundrechten (Art. 18 GG)	267
31	Das Recht zum Widerstand und „ziviler Ungehorsam“	269
G.	Grundrechte und Grundzüge polizeilichen Einschreitens	273
1	Strafverfolgung und Gefahrenabwehr	273
1.1	Repressive (Verfolgungs-)Tätigkeit	274
1.2	Präventive (Vorbeugungs-)Tätigkeit	275
2	Das Ermessen des „Ob“ und des „Wie“	275
3	Die Struktur der Ermessensentscheidung	276
4	Pflichtgemäße Ermessensausübung	276
5	Überschneidungen von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	280
H.	Prüfen Sie Ihr Wissen!	281
Kapitel V		
	Die freiheitliche demokratische Grundordnung	283
A.	Allgemeines	283
B.	Die Elemente der freiheitlich demokratischen Grundordnung	283
C.	Die verfassungsmäßige Ordnung	285
Kapitel VI		
	Symbole des deutschen Staates	287
A.	Die Nationalhymne	287
B.	Flagge, Wappen und Dienstsiegel	288
C.	Orden und Ehrenzeichen	289

D.	Nationaler Gedenktag	290
E.	Zur Hauptstadtfrage	290
Kapitel VII		
	Die Wahlen	292
A.	Allgemeines	292
1	Regelmäßigkeit von Neuwahlen (Herrschaft auf Zeit)	292
2	Wahlen setzen Informationsfreiheit voraus	293
B.	Wahlrecht und Wahlpflicht	294
C.	Kandidatenaufstellung	295
D.	Aktives und passives Wahlrecht	298
E.	Zum Wahlrecht für Ausländer	299
F.	Wahlgrundsätze (Wahlprinzipien)	303
1	Allgemeine Wahl	303
2	Unmittelbare Wahl	304
3	Freie Wahl	305
4	Gleiche Wahl	305
5	Geheime Wahl	307
6	Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG als Schutzrecht gegen unzulässige Kompetenzübertragungen	308
G.	Mehrheitswahl und Verhältniswahl	308
H.	Das kombinierte Wahlsystem bei der Bundestagswahl	311
I.	Die Stimmabgabe und ihre Auswirkungen	312
J.	Errechnung der Mandatszahl	315
1	Fünf-Prozent-Klausel	315
2	Die einzelnen Berechnungsmethoden	315
2.1	Das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt	316
2.2	Das Proportionalverfahren nach Hare-Niemeyer	316
2.3	Das Divisorverfahren mit Standardrundung nach Sainte-Laguë/Schepers	316
3	Ermittlung der Sitzverteilung	317
4	Das aktuelle Berechnungsverfahren	318
K.	Der praktische Ablauf der Wahl	319
L.	Feststellung des Wahlergebnisses und Wahlprüfung	320
M.	Prüfen Sie Ihr Wissen!	321

Kapitel VIII	
Die obersten Bundesorgane	322
A. Allgemeines	322
B. Der Bundestag	324
1 Staatsrechtliche Stellung des Bundestages	324
2 Wahlperiode und Sitzungen	324
3 Aufgaben und Zuständigkeiten des Bundestages	326
3.1 Der Bundestag als oberstes Gesetzgebungsorgan	326
3.2 Das Gesetz als zentrales Steuerungsinstrument	327
3.3 Die Funktionen des Bundestages	
bei der politischen Willensbildung	330
3.4 Die Kontroll- und Kommunikationsfunktion des Bundestages	332
4 Auflösung und Neuwahlen des Bundestages	338
5 Organisation und Arbeitsweise des Bundestages	340
5.1 Plenum und Abstimmungen	341
5.2 Das Präsidium des Bundestages	341
5.3 Der Ältestenrat des Bundestages	342
5.4 Die Ausschüsse des Bundestages	343
5.5 Anzahl und Besetzung der Ausschüsse	343
5.6 Arbeitsweise der Ausschüsse	344
5.7 Die Fraktionen des Bundestages	346
5.8 Koalitionen als politische Zweckbündnisse	348
6 Zum Ablauf der Bundestagsdebatten	350
7 Rechtsstellung des Abgeordneten	352
7.1 Voraussetzungen der Wählbarkeit	352
7.2 Ungehinderte Übernahme und Ausübung des Mandats	353
7.3 Das Prinzip des freien Mandats	353
7.3.1 Freies Mandat und Rotationsprinzip	354
7.3.2 Fraktionsdisziplin und Fraktionszwang	355
7.3.3 Finanzielle Unabhängigkeit, Nebentätigkeit und Offenlegung	357
7.4 Immunität	359
7.5 Indemnität	360
7.6 Sonstige Rechte des Abgeordneten	361
C. Prüfen Sie Ihr Wissen!	361
D. Der Bundesrat	361
1 Staatsrechtliche Stellung des Bundesrates	361
2 Zusammensetzung des Bundesrates	363

2.1	Zur Stimmabgabe	364
2.2	Einheitliche Stimmabgabe	365
2.3	Zur Auswirkung der Stimmenthaltung	365
3	Aufgaben des Bundesrates	365
3.1	Mitwirkung des Bundesrates bei der Gesetzgebung	366
3.2	Mitwirkung des Bundesrates bei der Verwaltung	367
3.3	Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union	368
4	Organisation und Arbeitsweise des Bundesrates	369
4.1	Präsident und Präsidium	369
4.2	Das Plenum	370
4.3	Die Ausschüsse	370
4.4	Die Europakammer	370
4.5	Landesvertretungen und Bevollmächtigte	371
E.	Die Bundesversammlung	371
F.	Der Bundespräsident	372
1	Allgemeines	372
2	Gegenüberstellung: Reichspräsident nach der WRV und Bundespräsident nach dem GG	374
3	Die bisherigen Bundespräsidenten und ihre Amtszeit	375
4	Erwerb und Verlust des Amtes – Stellvertretung	377
5	Rechtsstellung des Bundespräsidenten	378
6	Aufgaben und Befugnisse des Bundespräsidenten	379
6.1	„Politische“ Befugnisse des Bundespräsidenten und die „Macht des Wortes“	380
6.2	Völkerrechtliche Vertretung	382
6.3	Staatsrechtliche Funktionen im Bereich der Gesetzgebung	382
6.4	Weitere Funktionen im Bereich der Gesetzgebung	383
6.5	Staatsrechtliche Funktionen im Bereich der vollziehenden Gewalt. ...	383
6.6	Sonstige Aufgaben	384
G.	Die Bundesregierung	386
1	Staatsrechtliche Stellung der Bundesregierung	386
2	Die Funktion der Bundesregierung als eigenständiges Staatsorgan ..	387
3	Die Regierungsbildung	388
3.1	Wahl und Ernennung des Bundeskanzlers	388
3.1.1	Vorschlag eines Kanzlerkandidaten durch den Bundespräsidenten ..	389
3.1.2	Wahl durch den Bundestag	389

3.1.3	Stellvertreter des Bundeskanzlers	391
3.1.4	Beendigung der Amtszeit des Bundeskanzlers	391
3.2	Die Ernennung der Bundesminister	392
3.2.1	Auswahl und Ernennung	392
3.2.2	Beendigung der Amtszeit der Bundesminister	393
4	Organisation und Geschäftsbereiche der Bundesregierung	394
4.1	Das Bundeskanzleramt	396
4.2	Der Bundesnachrichtendienst (BND)	396
4.3	Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	396
5	Aufteilung der Verantwortung im Kabinett	397
5.1	Der Bundeskanzler	397
5.2	Die Bundesminister	398
5.3	Die Bundesregierung als Kollegium	399
6	Aufgaben und Befugnisse der Bundesregierung	400
7	Parlamentarische Verantwortung der Bundesregierung	402
7.1	Verfahren und Folgen des konstruktiven Misstrauensvotums	403
7.2	Verfahren und Folgen der Vertrauensfrage	404
8	Die Persönliche Rechtsstellung der Mitglieder der Bundesregierung ..	406
H.	Das Bundesverfassungsgericht	407
1	Staatsrechtliche Stellung	407
2	Organisation und Arbeitsweise des Bundesverfassungsgerichts	410
3	Verfahrensgrundsätze	412
4	Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts	413
4.1	Organstreitigkeiten	413
4.2	Verfassungsrechtliche Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern ...	414
4.3	Normenkontrollverfahren	415
4.3.1	Die abstrakte Normenkontrolle	415
4.3.2	Die konkrete Normenkontrolle	416
4.4	Verfassungsbeschwerden	418
4.5	Die Feststellung der Verwirkung von Grundrechten	423
4.6	Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit politischer Parteien	423
4.7	Die Entscheidung über die Bundespräsidentenanklage	423
4.8	Die Entscheidung über die Richteranklage	423
4.9	Die Entscheidung über eine Wahlprüfungsentscheidung des Bundestages	423
I.	Prüfen Sie Ihr Wissen!	424

Kapitel IX

Die politischen Parteien	426
A. Allgemeines	426
B. Entwicklung der politischen Parteien in Deutschland	428
1 Historische Wurzeln	428
2 Liberalismus	428
3 Konservatismus/Nationalismus	428
4 Christliche Strömungen	429
5 Sozialismus	429
C. Das traditionelle Parteiengefüge in der Bundesrepublik	431
1 Christlich Demokratische Union (CDU)	431
2 Christlich Soziale Union (CSU)	432
3 Freie Demokratische Partei (FDP)	432
4 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	433
D. Der Übergang zum Sechs-Fraktionen-Parlament	434
1 Bündnis 90/Die Grünen	434
2 Die Linke	437
3 Alternative für Deutschland	438
4 Verlust der Stammwählerschaft für die Altparteien	440
E. Begriff der politischen Partei	441
F. Funktion und Bedeutung	442
G. Aufgaben der Parteien	445
H. Innere Ordnung der Parteien	446
I. Parteinahе Stiftungen	448
J. Freiheit der Gründung von Parteien	449
K. Verfassungswidrigkeit von Parteien	450
1 Verbotsvoraussetzungen	451
2 Anwendungsfälle	452
L. Parteienfinanzierung	454

Kapitel X

Wesen und Wirken der Interessenverbände	456
A. Allgemeines	456
B. Zum Begriff der Verbände	456
C. Klassifizierung	457

D.	Die Verbände im Rechtssystem der Bundesrepublik.	458
E.	Das Verbot von Verbänden.	459
F.	Funktion und Wirkungsweise der Verbände.	459
G.	Zur Kritik am Verbandssystem.	461
Kapitel XI		
	Die Bundesgesetzgebung.	463
A.	Allgemeines.	463
B.	Gesetzgebungskompetenz.	464
C.	Der Gang der Gesetzgebung.	464
1	Zustimmungsgesetze.	465
1.1	Verfassungsändernde Gesetze.	465
1.2	Sonstige zustimmungsbedürftige Gesetze.	465
2	Einspruchsgesetze.	468
3	Gesetzgebungsnotstand.	470
D.	Ausfertigung und Verkündung.	472
E.	Grundsatz der Diskontinuität.	472
F.	Rechtsverordnungen.	473
Kapitel XII		
	Die Notstandsverfassung.	475
A.	Allgemeines.	475
B.	Der innere Notstand.	477
C.	Der Spannungsfall.	478
D.	Der Verteidigungsfall.	478
E.	Der Einsatz der Streitkräfte.	480
F.	Ergänzende Regelungen.	481
G.	Prüfen Sie Ihr Wissen!	482
Kapitel XIII		
	Staatengemeinschaften.	484
A.	Allgemeines.	484
B.	Konferenzen und Organisationen zur Regelung internationaler Beziehungen.	485
1	Genfer Abrüstungskonferenz.	485
2	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE, zuvor KSZE).	485

3	Wichtige wirtschaftspolitische Übereinkünfte.....	486
4	G7/G8 und G20 – Instrumente globaler Zielbestimmung	488
C.	Europäische Zusammenschlüsse	488
1	Die Europäische Union	489
1.1	Die Verträge als primäres Rechtsfundament	490
1.2	Historische Ausgangssituation	492
1.2.1	Die Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)	492
1.2.2	Die Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)	492
1.2.3	Die Atomgemeinschaft (Euratom)	492
1.2.4	Die Fusion der Gemeinschaften	493
1.3	Der Prozess fortschreitender Integration	493
1.3.1	Die räumlich-geografische Ausweitung der Gemeinschaft	493
1.3.2	Die politische Verdichtung der Gemeinschaft	494
1.4	Der Vertrag von Maastricht	496
1.4.1	Inhalt und Ziele des Unionsvertrages	496
1.4.2	Das Vertragswerk in der verfassungsrechtlichen Überprüfung	497
1.4.3	Die Bedeutung des Art. 23 Grundgesetz	498
1.4.4	Der Euro	499
1.5	Die Verträge von Amsterdam und Nizza	500
1.6	Der Vertrag von Lissabon	500
1.6.1	Gemeinschaftsmethode	501
1.6.2	Doppelte Mehrheit – Sperrminorität	502
1.6.3	Institutioneller Rahmen	502
1.6.4	Grundrechte und Demokratie	502
1.6.5	Das Nein der Iren zum Lissabon-Vertrag	503
1.6.6	Das Vertragswerk in der verfassungsrechtlichen Überprüfung	504
1.7	Die Organe der Europäischen Union.....	505
1.7.1	Das Europäische Parlament	505
1.7.2	Der Europäische Rat	507
1.7.3	Der Rat (der Europäischen Union)	508
1.7.4	Die Europäische Kommission	509
1.7.5	Der Gerichtshof der Europäischen Union und der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	511
1.7.6	Der Europäische Rechnungshof	513
1.7.7	Die Europäische Zentralbank	513
1.7.8	Einrichtungen der Union ohne Organcharakter	513
1.8	Europäische Perspektiven	514

2	Europarat	517
3	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	519
D.	Nordatlantikpakt	520
1	Entwicklung der NATO	520
2	Zweck und Bedeutung der NATO	520
3	Das Bündnis im Wandel	522
E.	Vereinte Nationen (UNO)	524
1	Organe der UNO	525
1.1	Die Vollversammlung	525
1.2	Der Weltsicherheitsrat	526
1.3	Der Wirtschafts- und Sozialrat	528
1.4	Das Sekretariat	528
1.5	Der Internationale Gerichtshof	528
1.6	Die Sonderorganisationen	529
1.7	Der Menschenrechtsrat	529
2	Deutschland als Mitglied der Völkergemeinschaft	530
2.1	Rechtliche Grundlagen deutscher Militäreinsätze	530
2.2	Zum Beitrag Deutschlands an der Friedenssicherung	533
F.	Der Internationale Strafgerichtshof	534
G.	Prüfen Sie Ihr Wissen!	535
	Literaturhinweise	537
	Stichwortverzeichnis	543